Massive Angriffe gegen die Rente

„Bild“ attackiert die Sozialsysteme mit Halbwahrheiten: Lobbyisten am Werk?

VON ALEXANDER JUNGKUNZ

Die IG Metall macht derzeit gegen die „Rente mit 67“ mobil. Nun denkt JU-Chef Mißfelder in „Bild“ an die „Rente mit 70“. Experten werfen dem Blatt sehr gewagte Argumente und eine gezielte Kampagne für mehr private Vorsorge vor. Foto: dpa

„Renten-Wut — So haben die Politiker versagt“: Wieder einmal nahm „Bild“ die Altersversorgung ins Visier — mit wackligen Behauptungen. Stecken massive Interessen privater Versicherer dahinter? Einiges spricht dafür.

NÜRNBERG – Es ist nicht die erste Attacke, die Deutschlands größte Zeitung gegen die Rente reitet. Doch so massiv wie jetzt, mit Schlagzeilen gleich zwei Tage hintereinander, waren die Angriffe selten.

„Die Schock-Tabelle über unser Sozialsystem: Wer jünger ist als 45, zahlt drauf“: So reißerisch präsentierte das Blatt am Montag eine angeblich neue „Studie“ der Universität Bayreuth. Von dort heißt es dazu allerdings: Die Daten „sind an sich keine neuen Ergebnisse“, sondern Teil einer längst veröffentlichten Untersuchung von Professor Peter Oberender.

Der demnächst in Ruhestand gehende Lehrstuhl-Inhaber plädiert seit langem für eine möglichst weitgehende Privatisierung der Sozial- und insbesondere der Gesundheitsversicherung. Sein „Bayreuther Modell“, das die Abschaffung der gesetzlichen Krankenversicherung fordert, wird wiederum unterstützt von der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) – und die ist die wohl mächtigste neoliberale Lobby im Lande, finanziert vor allem von den Metall-Arbeitgebern. Die INSM trommelt seit Jahren für mehr Privatisierung bei den Sozialversicherungen. Und der genauere Blick auf diese Beteiligten macht aus der *Bild*-Kampagne eine brisante Mixtur: Während es dem Blatt gelingt, Junge-Unions-Chef Philipp Mißfelder die „Rente mit 70“ fordern zu lassen, spricht der Rentenexperte der Unionsfraktion, Peter Weiß (CDU), von einer regelmäßig in *Bild* wiederkehrenden „Panikmache gegen die gesetzliche Rente, die letztlich der privaten Versicherung in die Hände spielen soll“, so Weiß.

Vorher bei der „Allianz“

Interessant ist dabei einer der Autoren, die gegen die Sozialversicherung wettern: Oliver Santen, *Bild*-Ressortchef „Wirtschaft“, war von 2000 bis 2004 Pressesprecher der „Allianz“-Versicherung. Und wer sich auf den Internet-Seiten des Blattes durch tatsächliche oder vermeintliche Infos zum Thema Rente klickt, der landet teils direkt auf Anzeigen für die „Allianz-Riester-Rente“. Dazu das Online-Forum *Bildblog*, das die Zeitung täglich kritisch unter die Lupe nimmt: „Alles spricht dafür, dass die *Bild*-Kampagne den Verkauf privater Rentenversicherungen ankurbeln soll.“

Ein Fazit, zu dem auch die Rentenversicherer selbst kommen, die gestern in einer Pressemitteilung auf die *Bild*-Kampagne reagierten: Deren Berichterstattung „scheint nur noch ein Ziel zu haben: die gesetzliche Rentenversicherung zu diskreditieren und mit Halbwahrheiten Angst in der Bevölkerung zu schüren“.

Detailliert weist die Deutsche Rentenversicherung dem Blatt etliche Fehler in dessen Liste zu den angeblichen „sieben Todsünden bei der Rente“ nach. „Verwundert“ zeigen sich die Versicherer, dass ausgerechnet *Bild* nun beklagt, dass „zu lange zu hohe Renten“ gezahlt würden – wo das Blatt sonst regelmäßig protestiert, wenn die Rentenanpassung wegen des stagnierenden Lohn-Niveaus auch für die Rentner Nullrunden bringt.

Und auch die Zahlen aus der Bayreuther Studie halten Experten für wenig seriös. Da werden Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung in einen Topf geworfen, in den sie nicht gehören, und daraus gewagte Schlüsse gezogen. Heute 60-Jährige bekämen bis zu 240 000 Euro mehr heraus, heute 25-Jährige bis zu 150 000 Euro weniger, als sie eingezahlt haben, heißt es da allzu pauschal. Auf welchen Daten diese „Prognosen“ beruhen, wird nicht angegeben. Ein genauer Blick auf die Entwicklung in den nächsten 30 bis 40 Jahren sei aber kaum möglich, vieles daher reine Kaffeesatz-Leserei. Und aus diesem dünnen Zahlen-Gemisch wird dann das „Renten-Versagen“ gebastelt. Dabei bescheinigt die Stiftung Warentest ebenso wie andere Experten der gesetzlichen Rente auch für jetzt noch Junge eine „deutlich positive Rendite“.

Entrinnt Markus Söder dem Abwärtssog?

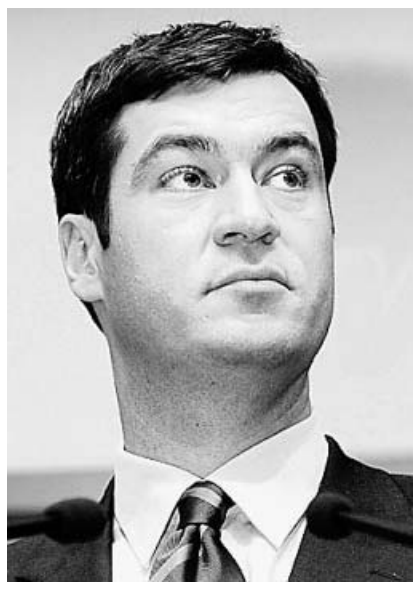
Parteiinterne Kritiker glauben, dass der CSU-General Karrierezusagen in der Tasche hat

VON HANS-PETER KASTENHUBER

NÜRNBERG – Letzten Sonntag bei Sabine Christiansen: „Was wird eigentlich aus Ihnen?“, fragt in scharfem Ton der Chefredakteur von *Bild am Sonntag*, Claus Strunz, seinen Mitdiskutanten Markus Söder. „Normalerweise tritt man mit ab, wenn der Chef geht.“ CSU-Generalsekretär Söder hat schon erfreulichere Zeiten erlebt. Der einstige Zeremonienmeister der parteiinternen Stoiber-Verehrung muss rechtzeitig dem Abwärtssog entkommen, der sich dort breitmacht, wo sich vor kurzem noch das Machtzentrum der Partei befand.

Markus Söder ist freilich ein sicherer Schwimmer auch in stürmischer politischer See. Und er ist selten ohne Rettungsring unterwegs. „Der geht mit heiler Haut da raus, der hat schon entsprechende Zusagen“, prophezeien Parteifreunde, denen eine Havarie des Karrierepolitikers wesentlich lieber wäre. Söder selbst bleibt vorerst bei der Auskunft, die er am Sonntagabend sinngemäß auch schon bei Christiansen gab. „Im Moment tue ich als Generalsekretär alles, damit die personellen Fragen in unserer Partei in Kooperation statt in Konfrontation gelöst werden. Und danach werde ich an dem Platz arbeiten, an den mich die Partei stellt.“

Die meisten Insider tippen darauf, dass dieser Platz auch in der Nach-Stoiber-Ära zunächst mal der alte, nämlich der des Generalsekretärs sein wird. Der Kommunal- und der Landtagswahlkampf 2008 müssen schließlich nach dem Chefwechsel im Herbst zügig vorbereitet werden. Und außerdem wird Söder ein bemerkenswert gutes Verhältnis zu Erwin Huber nachgesagt, der zumindest nach dem Willen der Mehrheit in der CSU-Führung neuer Parteichef werden soll. Schon Ende 2005, als der Niederbayer Huber mit dem Nürnberger Günther Beckstein um die Nachfolge des vermeintlich nach Berlin wechselnden Edmund Stoiber rangelte, nahmen mittelfränkische Parteifreunde den Generalsekretär verdächtig nah am Huber-Lager wahr.



„Ich arbeite, wo mich die Partei hinstellt“, sagt Markus Söder. Foto: dpa

„Alles Quatsch“, kommentiert Söder solche Einschätzungen. „Ich habe mich damals auf Stoibers Bitte hin völlig rausgehalten“, versichert er und spricht von seinem „fast schon familiären Verhältnis“ zu CSU-Bezirkschef Günther Beckstein, dessen Aufstieg zum Ministerpräsidenten überhaupt eine „klasse Lösung“ sei.

In seinem eigenen Nürnberger CSU-Bezirksverband misstrauen allerdings viele diesen Beteuerungen Söders. „Von Markus darf niemand Loyalität erwarten“, sagt einer, der seinerzeit in der Jungen Union die politischen Anfänge des inzwischen 40-Jährigen aus der Nähe miterlebt hat. Söder habe damals konsequent einen Kreis von Mitstreitern um sich geschart. „Eher schwache Figuren“ seien das oft gewesen, die ihm aus Dankbarkeit für systematisch zugeschanzte Parteiämter aber umso ergebener gewesen seien.

Bis heute ist Söder den Vorwurf, ein von irgendwelchen Grundsätzen gänzlich unbelasteter politischer Parvenü zu sein, nicht losgeworden. „Die Wähler sehen das offensichtlich anders“, kontert er solche Angriffe. „In meinem Wahlkreis habe ich immer das Vertrauen der Menschen erobert.“ Seine Wahrnehmung als Polterer, Polarisierer und Populist hält er für eine fast zwangsläufige Begleiterscheinung der Generalsekretärs-Arbeit. „Das ist einer der härtesten Jobs, die es in der Politik gibt.“

Neuer Selbstentwurf

Söder weiß, dass ihm – nach dem Abgang seines Schutzpatrons Stoiber – die alten Netzwerker-Talente allein nicht die weitere Karriere sichern werden. Und er ärgert sich darüber, dass sein Selbstentwurf als seriöser Sachpolitiker noch nicht genügend gewürdigt wird. Stattdessen werden Söder eher unrühmliche Rollen in den rund um den Stoiber-Sturz kursierenden Parteigerüchten zugeordnet.

Schon einige Tage vor Bekanntwerden der Nachfolgeregelung – so geht eines davon – soll er im Seehofer-Lager gemeinsame Zukunftsperspektiven sondiert haben. „Völlig absurd“, lautet Söders Kommentar. Es gebe auch Leute, die würden verbreiten, er habe gemeinsam mit Beckstein gekungelt, wieder andere behaupteten, mit Huber, wirbelt er im Tempo eines Hütchenspielers ein paar andere Varianten dazu. Höhere Einsätze möchte man da lieber nicht riskieren.

Hilfe für „so einen“?

Warum Steinmeier über Kurnaz stolpern könnte

VON HARALD BAUMER

Der Fall Murat Kurnaz befremdet viele Deutsche. Da ist ein junger Mann, zwar in Bremen aufgewachsen, aber mit türkischem Pass, der ausgerechnet nach dem schrecklichen 11. September 2001 nach Afghanistan reist. Was will er dort – nur studieren? Oder sich vielleicht doch einer zweifelhaften Bewegung anschließen?

Schließlich gerät er in die Fänge der Amerikaner, die mit solchen Verdächtigen nicht gerade zimperlich umgehen. Nachweisen können sie ihm aber nichts.

Rückkehr sabotiert?

Nun redet sich die deutsche Politik die Köpfe darüber heiß, ob die Bundesregierung nicht schon im Jahre 2002, also kurz nach seiner Verhaftung, Murat Kurnaz hätte retten können. Indem sie den Amerikanern bestätigt hätte: Ja, der Mann darf zurück nach Bremen, wo er auch hergekommen ist. Treffen die Vorwürfe der Opposition zu – inzwischen auch von einem Ausschuss im Europäischen Parlament übernommen –, dann haben Innenminister Otto Schily und Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier das genaue Gegenteil getan – nämlich Kurnaz' Rückkehr nach allen Regeln der Kunst sabotiert und ihm so knapp vier Jahre Guantánamo-Folter beschert.

War Berlin überhaupt zuständig? Hätte sich nicht besser die Türkei um ihren Bürger kümmern sollen? Die Fragen sind zwar berechtigt, aber sie greifen zu kurz. Der junge Mann hatte eine gültige Aufenthaltsgenehmigung für die Bundesrepublik, gehörte also durchaus hierher. Und die Amerikaner verletzten ziemlich offenkundig seine Menschenrechte. Da reichte es nicht, sich auf formale Kriterien zurückzuziehen und ihm jede Hilfe zu verweigern. Zumal es die Regierung Schröder, wenn die Vorwürfe der Opposition stimmen, nur ein Fingerschnipsen gekostet hätte. Wenn jemand zu ertrinken droht, fragt man nicht nach seinem Pass.

Und nun stehen wir vor der Situation, dass einer der beliebtesten Politiker des Landes, nämlich der amtierende Außenminister, sich wegen seines damaligen Verhaltens rechtfertigen muss. Er macht heute seine Arbeit gut – und soll wegen eines eigensinnigen, zottelhaarigen jungen Mannes, der so gar nicht in unsere Gesellschaft passen will, zurücktreten? So weit sind wir noch lange nicht; selbstverständlich gilt für Steinmeier (wie übrigens auch für Kurnaz) bis zum Beweis des Gegenteils die Unschuldsvermutung.

Sollte sich aber herausstellen, dass ausgerechnet die rot-grüne Regierung, stets ein Fahnenträger der Menschenrechte und außerdem ein beharrlicher Kritiker der amerikanischen Umtriebe, einen dringend Hilfsbedürftigen kaltherzig in Guantánamo schmoren ließ, vielleicht sogar noch hier und da an den Fakten drehte, dann ergäbe das ein neues Bild. Dann würde der Stuhl des damaligen Kanzleramtschefs und heutigen Außenministers zu Recht bedenklich wackeln.

Was sich die Akteure inzwischen gegenseitig an Rechtsbrüchen zutrauen, das merkte man gestern bei der „Abhöraffäre“ um den linken MdB Wolfgang Neskovic. Im Büro des Mannes, der immerhin dem für den Fall Kurnaz zuständigen Ausschuss des Bundestages angehört, waren Mikrofone gefunden worden. Sofort kam der Verdacht der Bespitzelung auf, ohne dass man im anfänglichen Durcheinander erahnen konnte, wer genau hier eigentlich wen überwacht haben sollte.

Rätselhaftes Verhalten

Den neuesten Erkenntnissen zufolge ist wohl nicht allzu viel dran an der Sache. Die Mikros waren offensichtlich nicht für Abhöraktionen geeignet. Aber eines zeigt der Fall: Die Eigenmächtigkeiten des BND und das teilweise zumindest rätselhafte Verhalten der alten rot-grünen Regierung (Kurnaz, El-Masri, geheim gehaltene Zuträgerdienste für die Amerikaner) haben das Klima gründlich vergiftet. Es wird Zeit, dass die zuständigen Untersuchungsausschüsse zu einem Ergebnis kommen.

Das Dogma „Geschlossenheit“

Die CSU tut sich schwer mit innerparteilicher Demokratie

VON ROLAND ENGLISCH

Es ist gerade mal eineinhalb Wochen her, da hatte Horst Seehofer verkündet, er beteilige sich weder an Intrigen gegen Stoiber, noch werde er für dessen Nachfolge kandidieren. „Ich werde jeder Strategie mit dem Ziel energisch die Stirn bieten, dass man nicht gegen Stoiber, sondern statt ihm kandidiert. Ich stehe für ein solches Verfahren nicht zur Verfügung.“ So stand es geschrieben, so sagte er es in die Mikrofone Deutschlands.

Und heute? Die Welt hat sich seitdem zehn Mal um die eigene Achse gedreht, und mit ihr hat es Horst Seehofer getan. Inzwischen hat Stoiber aufgegeben. Und Seehofer seinen Anspruch verkündet auf dessen Nachfolge. Die Verfallszeit seiner unverbrüchlichen Solidarität ließ sich in Tagen bemessen, wie bei all seinen Parteifreunden. So viel zum Thema Glaubwürdigkeit.

Feigheit und Taktieren

Wer verstehen will, warum sich die CSU mit ihrer inneren Demokratisierung so schwertut, der muss sich die vergangenen Wochen ansehen. Er sieht eine Partei, in der die Protagonisten selten die Wahrheit gesagt haben. Er wird eine Affäre vorfinden, die sich gelegentlich durch Feigheit auszeichnete, oft durch Taktieren und fast immer durch falsches Spiel – mal nach außen den Medien gegenüber, mal nach innen mit Stoiber. Die wenigsten in der CSU haben daraus gelernt. Einzig Fraktionschef Joachim Herrmann mag das Rennen der beiden Anwärter auf den Parteivorsitz als das sehen, was es sein sollte: als ganz normalen Vorgang. Das zeichnet Herrmann aus. Er könnte damit leben, findet das weder anrüchig noch bedenklich, sondern im Gegenteil demokratisch.

Alle anderen erschreckt gerade diese Vorstellung zutiefst, auch weil sie Macht abgeben müssten an die, die sie gewählt haben. Lieber bleiben sie in den alten, aus ihrer Sicht bewährten Fahrwassern, kungeln Personalfragen in kleinen Runden aus und diskutieren Modelle von abstruser Logik. Seehofer solle für den Verzicht auf den Vorsitz, sagt etwa sein Gegner Huber, den Posten eines ersten Stellvertreters bekommen. Den müsste die CSU erst schaffen. Es wäre ein Job, den Huber niemandem versprechen kann – auch die Stellvertreter in der CSU werden gewählt von den Delegierten eines Parteitags, von an sich unabhängigen Menschen, die denken, abwägen, entscheiden können.

Doch die Führung der CSU traut der Basis nicht über den Weg. Die Delegierten sollen ein Personaltableau abnicken. Auswahl gilt als Teufelszeug, weil sie unberechenbar ist. Deshalb drohen CSU-Vorständler brutale Anti-Pauli-Kampagnen an, sollte die Landrätin ernsthaft für einen der Stellvertreterposten kandidieren wollen. Auch das ein seltsames Demokratieverständnis in einer demokratischen Partei. Schlimmer noch: Auch dies ist schon wieder der Versuch, einen unbequemen Menschen mundtot zu machen.

Hätte die CSU eine eigene Streitkultur entwickelt, sie hätte nicht diese Probleme. In anderen Parteien gehört die Auseinandersetzung mit der Führung zum Alltag, müssen sich die Spitzenleute für ihr Tun rechtfertigen; in der CSU hat dies nur selten stattgefunden, und wenn, dann hinter verschlossenen Türen.

Lohnende Kontroverse

Die zur Glaubensfrage erhobene Geschlossenheit erweist sich als Narkotikum. Damit aber verkommt die an sich demokratische Auseinandersetzung zwischen zwei Bewerbern zum bloßen Streit. Was verlöre die CSU, wenn sie den Wettkampf zuließe? Wenig. Sie könnte gewinnen, weil Seehofer und Huber Farbe bekennen, weil sie Konzepte vorlegen müssten, wie sie die Partei entwickeln wollen; sie müssten sagen, wo sie stehen und wofür. Maximal neun Monate blieben ihnen, in denen bloße Sympathiefragen vom Tisch wären, die heute noch die Umfragen bestimmen. Beide müssten sich der Basis stellen und deren Fragen, die sich auch um politische Zuverlässigkeit drehen dürften und um Inhalte. Es wäre eine Auseinandersetzung, an deren Ende die Delegierten tatsächlich den Weg in die Zukunft wählen könnten. Wenn die Parteispitze sie denn ließe.